

Merkel rollt über Europa

Mit der Debatte um die Wirtschaftsregierung ist das zentrale Problem der aktuellen Krise Europas endlich auf dem Tisch. Es sind die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte!

Nach langer Verweigerung will Merkel jetzt gemeinsam mit Sarkozy eine europäische Wirtschaftsregierung. Es sollen die nationalen Wirtschaften miteinander abgestimmt und die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte abgebaut werden. Diese bestehen jedoch vor allem in einem Ungleichgewicht Deutschlands gegenüber den meisten anderen europäischen Staaten, vor allem den Südstaaten.

Der seit 2000 aufsummierte deutsche Außenhandelsüberschuss beläuft sich auf 1,4 Billionen Euro. Ein erheblicher Teil wurde in der Eurozone aufgehäuft. Zentrale Ursache ist die Stagnation der Löhne in Deutschland; seit 2000 sind sie preisbereinigt nicht gestiegen. Wegen der Agenda 2010. Dies führte nach innen zu einer deutlichen Verschlechterung der Lebenslage. Nach außen wirkt dies wie eine Streitaxt in der Hand der Exportunternehmer. Gleichzeitig wurde die binnenwirtschaftliche Entwicklung eingeschnürt und damit die Absatzchancen ausländischer Unternehmen auf dem deutschen Markt. Seit 2000 sind die Lohnstückkosten hierzulande um sechs Prozent gestiegen, in den anderen Ländern der Eurozone um 30 Prozent.

Der Außenhandelsüberschuss führte im Ausland spiegelbildlich zu einer immer größeren Verschuldung der privaten Haushalte, der Unternehmen, der Banken und letztlich des jeweiligen Staates. Dies ist die zentrale

Grundlage der Krise. Die Finanzmarkt- und Bankenkrise inklusive ihrer eigenen Dynamik sind ernste Problem, auch die daraus resultierende Schuldenkrise der Staaten. Aber ohne die Überwindung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte können die Probleme der europäischen Wirtschaft nicht überwunden werden.

Eine Wirtschaftsregierung müsste darauf hinwirken, dass Deutschland seinen Weg korrigiert. Dass Löhne und Sozialleistungen sich im Gleichschritt mit den anderen europäischen Ländern entwickeln.

Aber weit gefehlt. Genau das will Merkel nicht. Sie will die europäische Wirtschaftsregierung nutzen um den anderen Ländern den „deutschen Weg“, die deutsche Hegemonie aufzuzwingen. Sie will die Agenda 2010 exportieren! Sie will Löhne und Sozialleistungen in Griechenland, Portugal und anderen Ländern absenken. Bislang hat sie dies zum Teil schon erreicht. In Griechenland hat sie bewusst Hilfen solange blockiert, bis die griechische Regierung in ihrer Not sich dem deutschen Diktat beugen musste. Jetzt soll mit dem Instrument der Wirtschaftsregierung Europa deutscher werden. Länder, die die Lohnentwicklung automatisch an die Inflationsentwicklung gekoppelt haben, sollen diesen sozialen Schutzmechanismus aufgeben. Die Rente mit 67 soll überall in Europa eingeführt werden. Und schließlich will Merkel die deutsche Schuldenbremse europaweit exportieren.

Alles nach dem Motto: Am deutschen Wesen soll die Welt genesen! Früher kamen sie mit Panzern, heute rollt Merkel über den Kontinent.

Die Alternative heißt Stärkung der Binnenwirtschaft. Vor allem die Löhne müssen wieder deutlich steigen. Die Agenda 2010 muss rückabgewickelt werden. Das heißt vor allem: Schluss mit Leiharbeit und Befristungen in der heutigen Form. Schluss mit dem Lohndumping. Als Sofortmaßnahme braucht Deutschland den gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro und die Erhöhung des Arbeitslosengelds II auf 500 Euro. Außerdem muss die Binnennachfrage durch ein Zukunftsprogramm für Bildung, Verkehr sowie die Energiewende in Höhe von 100 Milliarden Euro jährlich gestärkt werden.

Eine stärkere makroökonomische Koordination durch eine europäische Wirtschaftsregierung könnte diese Ziele unterstützen. Merkel pervertiert diesen Gedanken der Wirtschaftsregierung. Sie meint, dass Deutschland das vermeintlich erfolgreichste Wirtschaftsmodell habe. Deshalb soll es Vorbild für Europa sein. Dabei hängt die wirtschaftliche Stärke Deutschlands einzig und allein an der Exportmacht und damit am Niederkonkurrieren vor allem der europäi-

schen Nachbarländer. „Unser Geschäftsmodell ist erfolgreich, daran ändern wir nichts, die anderen sollen es übernehmen,“ so der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Bundestag Pfeiffer.

Das Problem: Wenn die anderen Länder „unser Geschäftsmodell“ unter dem Schlachtruf der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit übernehmen, dann würde das deutsche Exportmodell nur noch eingeschränkt funktionieren. Wenn die anderen durch Lohn- und Sozialkürzungen weniger deutsche Produkte kaufen können, führt dies zu einem Rückgang der deutschen Exporte. Zweidrittel der deutschen Exporte gehen in die Eurozone.

Faktisch läuft der Schlachtruf nach der Wettbewerbsfähigkeit darauf hinaus, dass der Rest der Welt von einem deutschen Europa hemmungslos mit Exporten, viel größer als die Importe, überzogen werden soll. Dies wäre dann die Grundlage für die Verschärfung weltweiter Ungleichgewichte und die dann drohenden, noch massiveren Weltwirtschaftskrisen.

